

## Der Klimawandel erfordert eine Massenmobilisierung über Kopenhagen hinaus

*(bm) Die Welt schaut gespannt auf den Weltklimagipfel. Von den in der dänischen Hauptstadt versammelten Verantwortlichen in Politik erhofft man sich verbindliche Regeln zur Eindämmung der Klimawandels.*

Die Verhandlungen im Vorfeld gaben keinen Anlass zum Jubel. Im Gegenteil verleiteten die aus den Verhandlungskreisen wahrgenommenen Signale zur Annahme, dass nur Katastrophen großen Ausmaßes die Staatengemeinschaft dazu bewegen würden, sich von der Logik des Minimalkonsenses in Klimafragen zu verabschieden, um sich auf die radikale Neuorientierung einzustellen, die die Situation jetzt schon verlangt. Dieses fatalistische Denken klingt absurd, aber es entspricht der Wirklichkeit. Warum würde es die internationale Gemeinschaft zu großen Katastrophen kommen lassen, wenn sie doch noch Handlungsspielraum hat?



Attac in Kopenhagen

Die Antwort auf diese Frage ist auf verschiedenen Ebenen zu suchen. Zuerst gilt es, festzuhalten dass es keine internationale Gemeinschaft als stabile, geschlossene

ne und zu allen Fragen durchsetzungswillige und -fähige Einheit gibt. Was es gibt, sind verschiedene nationale, regionale/oder und ideologiegeleitete Interessengruppen, die sich je nach Gemengelage immer wieder neu formieren. In der Hinsicht ist der Ausdruck Internationale Gemeinschaft schon eine Verschleierung der Wirklichkeit. Aber dies ist nicht das Haupthindernis, das einer bedeutenden Einigung in den Klimaverhandlungen im Wege steht. Das Haupthindernis sehe ich eher im kurzfristigen und kurzsichtigen Denken, das zu einer Teilung globaler Existenzfragen in wichtig und weniger wichtig, dringend und weniger dringend teilt. Gemäß Diesem Denken genießt und muss die Überwindung der Wirtschaftskrise höchste Priorität genießen. Ihr sollen die Maßnahmen gegen alle anderen Krisen untergeordnet sein. Bloß keine Maßnahmen ergreifen, die das Wirtschaftswachstum und somit Konsum, Innovationen und Arbeitsplätze gefährden würden. Gute Konjunktur mit der damit verbundenen Hoffnung auf Entwicklung klimafreundlicher Technologien wird so stilisiert und missbraucht, dass sie die Verschiebung der eigentlich dringenden und zentralen Frage rechtfertigt. Kurzfristig ist dieses Denken, weil seine Verfechter auf gute Konjunktur jetzt setzen und die Kosten, die ein explosiver Klimawandel verursachen würde, gerne verdrängen oder ausblenden. Schon

jetzt zeichnen sich die Anpassungskosten an den Folgen des Klimawandels sehr hoch aus und viele betroffene arme Länder sind nicht in der Lage, diese Kosten selbst zu fi-

nanzieren. Kurzfristig ist dieses Denken, weil seine Verfechter immer noch nicht bereit sind, zu erkennen, dass das aktuelle Wirtschaftssystem für das Klima sowie wie für die Umwelt tödlich ist. Es beruht auf Säulen wie Überproduktion und Überkonsum, die wir uns nicht mehr leisten können. Das ist im Grunde genommen die zentrale Frage der Stunde. Jede Verschiebung einer bedeutenden Einigung in Klimafragen besiegelt das „wei-

### Inhaltsübersicht

Massenmobilisierung über Kopenhagen hinaus	1
Der Gewinner heißt Afrika	2
Khulumani-Klage: Und sie bewegt sich doch!	4
Kimberley-Prozess stimmt gegen eine Suspendierung Simbabwe	5
Ein BIG für alle?	6
Die Wahlen in Namibia	7
KASA-Freundeskreis	8
Buchvorstellung	9
Filmvorschau	9
Termine	10
Impressum	10

ter so“ des herrschenden Wirtschaftssystems und ist eine verpasste Chance zur erforderlichen ideologischen Erneuerung.

Klimawandel ist in direktem

Zusammenhang mit einem energie- und ressourcenaufwändigen

Wirtschaftssystem zu sehen. Erforderlich sind ein radikales Umdenken und eine politische Praxis, die mehr umfasst als individuellen Lebensstil

freiwillige Verpflichtungen von Unternehmen. Wohlstand, dessen Produktion, Kosten

und Verteilung muss grundlegend neu definiert und geregelt werden. Jede Ausblendung dieses zentralen Aspekts ist eine Entpolitisierung. In den letzten Jahrzehnten haben die Weltmächte nur selten eine politische Wahrnehmung der Weltprobleme an den Tag gelegt. Auch von Kopenhagen ist mehr eine Technokratisierung der Klimafrage nicht zu erwarten. Auch wenn die Ergebnisse von Kopenhagen besser ausfallen würden als erwartet, würde es in Zukunft darauf ankommen, Massen zu

mobilisieren und Druck von unten auszuüben, damit die Mächtigen ihren Lippenbekenntnissen konkrete Taten folgen lassen. Die Herausforderung des Klimawandels ernst zu nehmen, bedeutet, Alternativen zum herrschenden Wirtschaftssystem zu entwickeln und diese auch politisch durchzusetzen. Dafür bedarf es Kreativität, Mut, politischer Phantasie und vor allem Massenbewegungen und Mobilisierung über Kopenhagen hinaus.

## „Der Gewinner ist Afrika“?

*(mm) „Einen neuen Fußballweltmeister gibt es erst mit dem letzten Schlusspfiff. Gut ein halbes Jahr vor Beginn des Turniers steht dagegen ein anderer Gewinner schon fest: Afrika!“ (Bernhard Bode in „Das Parlament“)*

Die Welt schaut nach Südafrika. Seit die Entscheidung der Fifa über den Austragungsort der Fußballweltmeisterschaft 2010 auf dieses Land gefallen ist, wird der Region die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zuteil. Schon ein halbes Jahr vor dem Ereignis ist die Euphorie groß. Riesige Investitionen, Straßen- und Stadionbau und die erhofften Touristenströme schaffen Arbeitsplätze und sorgen für wirtschaftlichen Aufschwung im Land. Projekte wie „In Afrika mit Afrika gewinnen“ der Fifa versprechen nicht nur Südafrika allein, sondern der ganzen Region langfristige Unterstützung. Fest steht schon jetzt: „Der Gewinner heißt Afrika“!

Aber ist es tatsächlich Afrika, das gewinnt? Neben der Hochstimmung werden vermehrt kritische Stimmen laut. Während sich Südafrika auf den Juni 2010 vorbereitet zweifeln seine Nachbarländer an einer tatsächlichen Verbesserung ihrer Situation. „Sie sagen zwar, dass es eine afrikanische WM sein wird, so dass wir alle davon profitieren, aber bis-

lang haben wir davon noch nichts zu spüren bekommen“ äußert sich Barry Rukoro, der Generalsekretär des Namibischen Fußballverbandes. Nachdem andere Großveranstaltungen in Südafrika wie die Rugby-WM und der Gipfel für nachhaltige Entwicklung auf die umliegenden Regionen keine Auswirkungen hatten stehen auch viele seiner Landsleute der Realität einer „afrikanischen WM“ argwöhnisch gegenüber.



*Zakumi, Maskottchen für 2010*

Aber auch Südafrika selber kann wohl nicht ohne weiteres als Gewinner bezeichnet werden. Die Kosten, die das Land zur Austragung der Weltmeisterschaft auf sich nimmt sind unverhältnismäßig hoch. 2007 beschloss die Regierung 2,6 Milliarden Euro für das Ereignis bereitzustellen. Dies ist mehr als der doppelte Betrag, den Südkorea 2002 in die bisher teuerste WM investierte. Frankreich gab 1998 318 Millionen Euro aus, in den USA belie-

fen sich die Kosten 1994 sogar „nur“ auf 19 Millionen Euro. Wie hoch die Einnahmen für Südafrika aus der WM sein werden, kann derweil nur geschätzt werden. Gerade vor dem Hintergrund von Armut und den enormen Unterschieden zwischen arm und reich sind diese Ausgaben für viele Menschen nicht nachvollziehbar. „Die einfachen Leute kämpfen um Wasser, Jobs und ihre Ernährung aber die Regierung gibt das Geld nur für Stadien aus“, beklagt sich der Umweltaktivist Desmond D'sa. Auch Eddie Cottle, Koordinator der *Kampagne für menschenwürdige Arbeit über 2010 hinaus*, betont, dass die Effekte der Ausgaben größer gewesen wären, wenn die Investitionen in gesellschaftlich lebensfähige Einrichtungen getätigt worden wären. Immerhin entsprechen die veranschlagten Kosten der WM den Ausgaben, die die Regierung in den letzten zehn Jahren für die Bereitstellung von Häusern aufgebracht hat.

Es sind vor allem die hohen Investitionen für Aufbau und Verbesserung der Infrastruktur, die die Ausgaben für Südafrika in die Höhe treiben. Daher boomt heute der Bausektor und eröffnet vielen die Chance auf einen Arbeitsplatz. Doch während die Bauunternehmen und Subfirmen große Summen für ihre Projekte kasieren, gehen die Arbeitnehmer fast leer

aus. Ihre Arbeitsverhältnisse sind unsicher und die Löhne so niedrig, dass sie sich trotz diesem Einkommen nicht aus der Armut befreien können. Auch in anderen Branchen entstehen zurzeit zahlreiche neue Arbeitsplätze, bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von 23% eine durchaus positive Entwicklung. Klar ist jedoch schon heute, dass die meisten nur bis zum Ende der WM bestehen bleiben werden. Langfristig wird die Situation auf dem Arbeitsmarkt daher nicht verbessert.

Neben diesen wirtschaftlichen Folgen sind für die Bevölkerung jedoch gerade gesellschaftliche und soziale Auswirkungen von Bedeutung. Und in diesem Hinblick haben die Vorbereitungen der WM bisher für viele Menschen Nachteile bedeutet. In der Kritik steht beispielsweise die Zerstörung des Early Morning Market an der Warwick Junction in Durban. Der seit nunmehr fast 100 Jahren existierende Markt soll Platz für eine Shopping-Mall machen. Nur 150 der etwa 650 seit Jahren ansässigen Händler werden in dem neuen Einkaufscenter weiterhin verkaufen können.



*Streetnet: world class cities for all*

Zur Weltmeisterschaft möchte sich Südafrika der Welt von seiner besten Seite zeigen. 190.000 Polizisten, von denen 42000 extra für das Ereignis geschult worden sind, sollen die Sicherheit der Besucher gewährleisten. Eine gut ausgebaute Infrastruktur, moderne Einkaufsmöglichkeiten und schöne Stadtzentren prägen das Bild des heutigen Südafrika. Die zahlreichen Armensiedlungen in

Sichtweite der Stadien und Touristenvierteln gehören nicht in dieses Idealbild. Den Bewohnern dieser Siedlungen drohen daher in den letzten Monaten Zwangsumsiedlungen in vorläufige Transitcamps mit dem Versprechen auf neue Häuser mit Elektrizität und Wasseranschluss. Dieses Vorhaben ist leider teuer und so wird es noch einige Zeit dauern, bis genügend Häuser zur Verfügung gestellt werden können. Da die Mieten jedoch hoch und so oft unerschwinglich sind, wird das Transitcamp für viele Menschen zur dauerhaften Heimat werden. Beobachter kritisieren, dass diese Camps weder über genügend Trinkwasser und Strom noch über ausreichend sanitäre Anlagen verfügen. Zudem sind sie oft weit von den vorherigen Unterkünften und somit von Arbeitsplatz und Schule entfernt. Der Weg dorthin ist dann mit erheblichen Kosten verbunden, sodass viele Menschen ihre Arbeitsstellen und Existenzgrundlagen verlieren.

Kritik erntet auch der Umgang mit Obdachlosen und Straßenkindern, die bis Juni 2010 aus den Stadtzentren „entfernt“ werden sollen. Während Kapstadt als positives Beispiel Programme entwickelt, in deren Rahmen den Kindern und Jugendlichen eine Wiedereingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden soll, reagieren andere Städte mit Zwangsumsiedlungen. Menschenrechtsgruppen berichten, die Gemeinderäte hätten für Dezember den Beginn der Räumungen angekündigt. Bis Juni 2010 sollen alle Obdachlosen mit Polizeigewalt in Camps weit außerhalb der Stadt gebracht werden. Die Idee, die Armen aus der Sichtweite und somit aus der Wahrnehmung der Öffentlichkeit zu transportieren sei kontraproduktiv und verletze die Menschenrechte betonte Linzi Thomas von *MyLife*, einer Organisation für Straßenkinder in Kapstadt. „Was wird mit diesen Menschen nach 2010 passieren?“

Südafrika schon heute als Gewinner zu bezeichnen wäre daher vermessen. Für große Teile der Bevölkerung haben die Vorbereitungen zur WM bisher vielmehr Schwierigkeiten und Ungerechtigkeiten bedeutet. Gewinnen kann Südafrika aber in anderer Hinsicht. Denn vielleicht kann die Weltmeisterschaft dazu beitragen, die Menschen in einer auch lange nach der Apartheid tief gespaltenen Nation einander ein klein wenig näher zu bringen. Vielleicht kann sie helfen, das oft diffuse und vorurteilsbehaftete Bild, das die Menschen hier oft über Südafrika und Afrika im Allgemeinen haben, ein klein wenig zu differenzieren. Neben all den wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten, die die WM-Vorbereitungen bis jetzt mit sich gebracht haben, sollte die Chance für einen positiven Beitrag nicht verpasst werden. Hierzu muss aber auch die lokale Bevölkerung von den Verdienstmöglichkeiten profitieren können. Statt kurzfristigen Problemlösungen wie die Zwangsumsiedlungen der Obdachlosen sollten die Vorbereitungen der Region langfristig und nachhaltig von Nutzen sein. Und neben Aspekten wie Sicherheit, Gewalt und Tourismus sollten auch andere Themen hier in Deutschland thematisiert werden.

Gerade vor dem Hintergrund von Armut, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und dem Anstieg von HIV/AIDS ist es dringend notwendig, dass die WM nicht nur einer kleinen Elite sondern allen Menschen in Südafrika zugute kommt.

Michaela Meurer (mm) studiert derzeit Ethnologie in Heidelberg. Zwischen Oktober und Dezember 2009 arbeitete sie als Praktikantin bei KASA. Ihr Aufgabenfeld umfasste hauptsächlich Recherchen zu aktuellen Themen, die zum Teil in Artikel für den Newsletter mündeten.

# Und sie bewegt sich doch!

## Neuigkeiten von der Khulumani-Klage

*(sk) Obwohl Richterin Shira Scheindlin die Apartheid-Klage im April diesen Jahres zugelassen hatte (siehe KASA Newsletter 200907) legten die beklagten Firmen Berufung gegen das Urteil ein. Damit wurde das Verfahren erneut gestoppt und alle Parteien erhielten eine weitere Möglichkeit, Eingaben bis zum 30. November diesen Jahres zu machen. Die Entscheidung des Berufungsgerichts wird für den 11. Januar erwartet.*

### Eine Welle von Eingaben

Die Kläger haben das Urteil von Richterin Scheindlin sehr euphorisch aufgenommen, hatte es doch gezeigt, dass Unternehmen durchaus in die Verantwortung genommen werden können, wenn ihnen eine „haftungsauslösende Beihilfe“ nachgewiesen werden kann. Gleichzeitig legte Richterin Scheindlin aber fest, dass dies nicht für Banken und ihre Geldgeschäfte mit dem Apartheidstaat gelte. Ihre beiden Aussagen werden nicht nur von Juristen heftig diskutiert, auch die Firmen wehren sich mit Vehemenz gegen diese Darstellung und erreichten, dass vor dem eigentlichen Prozessbeginn noch weitere Eingaben in Form von Rechtsgutachten und Amicus curiae-Briefen gemacht werden können.

Interessanter Weise nahm dies die Südafrikanische Regierung zum Anlass, ihre Meinung hinsichtlich der Klage ins Gegenteil zu verkehren. Unter Präsident Zuma befürwortet Südafrika nun das Ansinnen der Apartheidopfer und bietet Unterstützung bei einer etwaigen außergerichtlichen Einigung an (siehe KASA-Pressemittteilung vom 3.9.09, [www.kasa.woek.de](http://www.kasa.woek.de)).

Die Deutsche Regierung hingegen steht nach wie vor hinter der deutschen Wirtschaft und wertet die Anklage eines deutschen Unternehmens in den USA als Angriff auf ihre Souveränität. Mit Spannung wurde eine Stellungnahme der Obama-Regierung erwartet. Diese reichte ein 37-seitiges starkes Dokument ein, in dem sie dem Ansinnen der beklagten Firmen, die Klage abzuweisen, ein klares Veto entgegen setzte. Inhaltlich argumentierte sie zwar nicht für die Kläger, widersetzte sich aber der Argumentation der beklagten Firmen, die sich auf die US-Regierung beriefen, um ein Anklage zu verhindern.

Aus Südafrika kam eine klare Unterstützung für die Kläger von Seiten des Gewerkschaftsverbandes COSATU, die gleichzeitig eine Kampagne für Unternehmensverantwortung ins Leben gerufen hat. Auch der südafrikanische Kirchenrat SACC stellt sich hinter die Kläger und wendet sich in seinem Amicusbrief vor allem gegen die Sichtweise der Angeklagten, mit dem TRC-Prozess sei das Thema für Südafrika erledigt. Der SACC argumentiert: "While the TRC was incredibly important to the process of reconciliation in South Africa, it was not by any means designed as the exclusive entity charged with reconciliation effort...When multinational enterprises are actively involved in adding and abetting gross violations of fundamental human rights..., accountability for their participation is a necessary element of reconciliation."

### Die deutsche Kampagne

Die deutsche Apartheidschuldenkampagne – bestehend aus KASA, KOSA, medico international und SODI - unterzeichnete einen Amicusbrief, der gemeinsam von dem amerikanischen Center for Constitu-

tional Rights und dem in Berlin ansässigen European Center for Constitutional and Human Rights verfasst und bei Gericht eingereicht wurde (siehe [www.kasa.woek.de](http://www.kasa.woek.de)), um die Klage weiterhin zu stützen.

Die beklagten Firmen scheinen sich derzeit sehr sicher zu sein, dass die Klage zu ihren Gunsten ausgeht – sollte sie überhaupt vor Gericht gehört werden – so dass sie sich jeglichen Dialogen und Verhandlungen versperren. Allerdings arbeiten sie auch intensiv an einer Verteidigungsstrategie vor Gericht, für die sie immense Summen auszugeben scheinen.

Die deutsche Apartheidschulden-Kampagne arbeitet gemeinsam mit Kick for one World daran, die Fußballweltmeisterschaft 2010 zu nutzen, um auf die soziale Verantwortung von Unternehmen aufmerksam zu machen. Seit den 70iger Jahren ist Daimler einer der Hauptsponsoren des DFB und gleichzeitig eines der internationalen Unternehmen, die wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen angeklagt wurde. Als ersten Schritt haben wir in einem nicht öffentlichen Brief den Präsidenten des DFB, Theo Zwanziger, auf die Verwicklung des Konzerns in die US-amerikanische Klage hingewiesen und ihn aufgefordert, in Dialog mit seinem Sponsor zu treten. In seiner prompten Antwort versprach Zwanziger, die Sachlage zu prüfen und sich wieder mit uns in Verbindung zu setzen. Eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zu Daimler ist für Anfang nächsten Jahres geplant.

In der Khulumani-Klage ist der Ball nun wieder beim Berufungsgerichts; mit Spannung wird dessen Entscheidung zu Jahresbeginn erwartet.

# Kimberley-Prozess stimmt gegen eine Suspendierung Simbabwes

*(mm) „Es stellt sich die Frage, welche Zukunft ein internationaler Kontrollmechanismus hat, der sich selbst in klar dokumentierten Fällen von Menschenrechtsverletzungen als nicht handlungsfähig erweist.“ (Wolf-Christian Paes, Leiter des Forschungsbereichs „Natürliche Ressourcen und Konflikte“ am BICC)*

Nach dem Jahrestreffen des Kimberley-Prozesses (KP) in Swakopmund / Namibia Anfang November 2009 zeigten sich Beobachter wie auch Mitglieder des Gremiums enttäuscht. Auf dem Treffen sollte unter anderem über eine mögliche sechsmonatige Suspendierung Simbabwes aufgrund schwerer Menschenrechtsverletzungen und Schmuggels in den Diamantenfeldern von Marange entschieden werden. Die 47 Mitglieder des KP konnten sich jedoch nicht auf einen Ausschluss einigen. Stattdessen wurde auf Vorschlag der simbabwischen Regierung ein Aktionsplan entwickelt, der bis zum Sommer 2010 zur Verbesserung der Situation beitragen soll. Der Fokus liegt auf erhöhter Transparenz in Bezug auf den Diamantenhandel und einem langsamen Abzug des Militärs. Die bis heute andauernden Menschenrechtsverletzungen werden aber nicht angesprochen.

Seit seiner Gründung 2003 kämpft der Kimberley-Prozess gegen den Handel mit Blutdiamanten bzw. Konfliktdiamanten, also Steinen, mit deren Erlös Rebellen Gruppen Gewaltkonflikte finanzieren. Mit Hilfe von staatlichen Zertifikaten soll die Herkunft aller Diamanten auf dem Weltmarkt eindeutig bestimmbar sein. Blutdiamanten sollen kein Zertifikat erhalten.

In Marange, Simbabwes bedeutendstem Diamantenfeld, wurden im Frühjahr 2006 Vorkommen entdeckt. Die von Afri-

can Consolidated Resources erworbenen Schürfrechte erkannte die simbabwische Regierung der in London registrierten Bergbaugesellschaft im Juli 2006 wieder ab und öffnete gleichzeitig das Feld für illegale simbabwische Schürfer. Dies geschah unter der Bedingung, die Steine allein an die staatliche Minerals Marketing Corporation of Zimbabwe (MMCZ) zu verkaufen. Die unterfinanzierte Gesellschaft konnte jedoch mit den gebotenen Preisen der illegalen Käufer nicht mithalten, sodass schließlich der größte Teil der Diamanten unrechtmäßig außer Landes geschmuggelt wurde. Unter dem Vorwand die Ordnung in Marange wieder herzustellen, reagierte die Regierung zunächst mit Entsendung von Polizeieinheiten. 2008 übernahm das Militär mit Gewalt die Diamantenfelder.



Seit der Entdeckung der Vorkommen ist es zu zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gekommen. Human Rights Watch spricht von Zwangsarbeit, Kinderarbeit, Vertreibung, Tötungen und Folter. 200 Menschen starben bei der militärischen Übernahme der Felder, 22000 wurden vertrieben oder inhaftiert. Von den Übergriffen waren und sind sowohl Schürfer als auch die Bewohner der umliegenden Dörfer betroffen. Der Anteil der geschmuggelten Diamanten ist derweil nicht zurückgegangen. Waren zuvor

meist einzelne Händler für den Schmuggel verantwortlich, so kontrolliert heute das Militär den illegalen Verkauf der Steine. Von den Diamanten profitieren daher vor allem Mitglieder der ZANU-PF und des Militärs; die Menschen in der Region um Marange gehen ebenso leer aus wie Simbabwe selbst, das nach langen Jahren der Misswirtschaft unter der Regierung Mugabes dringend Gelder benötigt.

Aufgrund der Verhältnisse in den Marangefeldern sprachen sich im Vorfeld der Tagung zahlreiche Stimmen wie Human Rights Watch und der World Diamond Council (WDC) deutlich für einen Ausschluss Simbabwes aus. Auch eine Delegation des Kimberley-Prozesses plädierte nach der Besichtigung des Diamantenfeldes im Juli 2009 für eine sechsmonatige Suspendierung und forderte von der simbabwischen Regierung den sofortigen Abzug des Militärs sowie ein Ende des illegalen Handels. Umso ernüchternder ist das Ergebnis der Jahrestagung des KP. So hat sich der Prozess in Bezug auf Simbabwe nicht als handlungsfähig erwiesen und das obwohl Berichte über schwerste Menschenrechtsverletzungen und Empfehlungen zu einem Ausschluss des Landes vorlagen. Zwar sprachen sich einige Mitglieder für eine Suspendierung aus, aber vor allem Länder mit eigenen Diamantenvorkommen wie Russland und Südafrika ignorierten den Konflikt völlig. Bernhard Esau, der momentan als namibischer Vertreter den Vorsitz des Gremiums innehat, betonte schon im Vorfeld, die Anschuldigungen gegen Simbabwe nicht ernst nehmen zu wollen. Kennedy Hamuceny, ein weiterer Vertreter des Gastgeberlands Namibia sagte in einem Interview aus, dass es sich bei Konfliktdiamanten um Steine handle, „die von Rebellen Gruppen genutzt werden, um eine le-

gitimierte Regierung zu stürzen.“ Dies treffe für die Diamanten aus Simbabwe nicht zu. Mit dieser Aussage trifft er einen der kritischen Punkte innerhalb der Statuten des KP.

Ob die Wahl Israels zum neuen Vorsitz schärfere Kontrollmaßnahmen zur Folge haben oder ob sich am Verhalten des KP wenig ändern wird bleibt derweil noch abzuwarten. Zwar sprach sich Israel in den Verhandlungen für einen Ausschluss Simbawes aus, Kritiker befürchten jedoch keine positive Entwicklung im Hinblick auf die israelischen Handelsfirmen, die trotz des Embargos gegen Blutdiamanten der Elfenbeinküste die Steine auf

den Weltmarkt gehandelt haben. Zudem wird vermutet, dass auch große Teile der simbabwischen Steine aus den Marangefeldern in Israel gehandelt werden.

Beobachter erklärten im Anschluss an die Jahrestagung den Kimberley-Prozess für gescheitert. Es ist deutlich geworden, dass der Prozess noch weit von einem funktionierenden Kontrollsystem entfernt ist. Um glaubwürdig und effektiver handeln zu können werden von verschiedenen Seiten grundlegende Reformen gefordert, wie die Überarbeitung der Abstimmungsprozesse und verbesserte Überwachung der getroffenen Beschlüsse. Auch ein Umdenken in Bezug auf die

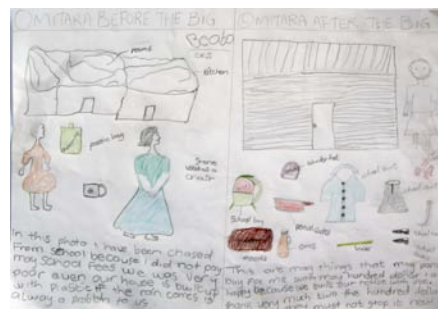
Definition von Blutdiamanten ist nötig. Bisher bezeichnete der KP nur solche Diamanten als Konfliktdiamanten, die von Rebellengruppen im Kontext von Bürgerkriegen geschürft werden. Dieses Verständnis sollte ausgeweitet werden um auch in Situationen wie in Marange, in denen Menschenrechte von staatlicher Seite massiv verletzt werden, aktiv werden zu können. Nach dem Versagen des Kimberley-Prozesses, betont Human Rights Watch, sei es nun an den Käufern, auf Herkunftszertifikate zu bestehen und Steine aus Simbabwe zu boykottieren.

## BIG für alle?

*Ende des Jahres läuft das auf zwei Jahre angelegte namibische Pilotprojekt zu einem bedingungslosen Grundeinkommen aus. Die landesweite Einführung sollte Wahlkampfthema werden, doch damit scheint die BIG-Koalition gescheitert zu sein. Der nachfolgende Text stammt von der namibischen BIG-Koalition.*

Das namibische „Basic Income Grant“ (BIG) Pilotprojekt geht seinem Ende zu. Nach zweijähriger erfolgreicher Durchführung findet die letzte Auszahlung im Dezember 2009 statt. Die Ergebnisse dieses Pilotprojektes haben die Effektivität des BIG bewiesen, Armut zu bekämpfen, soziale Entwicklung zu fördern und die lokale wirtschaftliche Entwicklung anzustoßen. Die Auswirkungen des BIG waren nicht weniger als spektakulär: Die Armutsgrenze und die Unterernährung von Kindern gingen drastisch zurück, während der Schulbesuch und die Kapazität der örtlichen Klinik sich verbesserten. Ebenso verzeichnete die Konjunktur einen bemerkenswerten Anstieg während die Kriminalitätsrate sank.

Basierend auf den Forschungsergebnissen von Omitara, geht die BIG-Koalition davon aus, dass ein landesweit eingeführtes BIG allen Namibiern nützen würde. Es wäre sowohl, nutzbringend als auch finanziell tragbar und seine Durchführung letztendlich nur eine Frage des politischen Willens. Die Zeichnungen der Schulkinder bezeugen die greifbaren Veränderungen im Leben der Menschen.



Beata Shimuandi 3. Klasse

Die BIG-Koalition nahm enttäuschend zur Kenntnis, dass trotz den beeindruckenden Erfolgen des Pilotprojektes in Otjivero-Omitara, sich die Namibische Regierung noch nicht auf die landesweite Einführung des BIG festgelegt hat. Eine Ver-

zögerung der nationalen Einführung schadet den Armen im Allgemeinen, hauptsächlich aber die Bewohner von Otjivero-Omitara. Wir als BIG Koalition können nicht tatenlos zusehen und die Bewohner auf eine unmenschliche Armutsebenen zurücksinken lassen, mit welchen sie sich vor zwei Jahren, vor der Einführung des BIG, konfrontiert sahen. Während wir weiterhin für eine landesweite Einführung des BIG kämpfen, werden wir gleichzeitig ein Überbrückungsgeld auszahlen, um die Haushalte bis auf weiteres abzusichern. Dies ist keine Lösung, sondern lediglich eine Maßnahme um die Lücke zu schließen, die aber nicht das BIG ersetzen kann. Das Überbrückungsgeld ist auf die Teilnehmer des Pilotprojektes begrenzt und die Grenzen hierzu sind anerkannt, dem Wert der Unterstützung des Einzelnen wie auch der Gemeinschaft. Das soziale Wohl der BürgerInnen des Landes liegt in der Verantwortung der Regierung. Wir gehen davon aus, dass die Regierung, das BIG innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahren ein-

führen wird, was das Überbrückungsgeld überflüssig werden lässt.

Das Pilotprojekt erreichte weltweite Aufmerksamkeit und ist Teil der globalen Diskussion über einen neuen Lösungsansatz für die Entwicklungshilfe. Tatsache ist, dass Namibia auf die Weltkarte gesetzt wurde aufgrund der Menschen von Otjivero-Omitara. Sie haben der Welt gezeigt, was mit sehr wenig Geld getan werden kann, wenn die Motivation auf Einhaltung der Menschenrechte, einer

Philosophie von Gleichheit und einer Theologie der Würde basiert.



*Zeichen der Hoffnung über Namibia*

Es ist die aufrichtige Hoffnung der Koalition, dass die Erfahrung und das positive Vorbild andere ermutigt, ihr Recht einzufordern: „ein BIG für alle“!

Der Kampf geht weiter.

Im Namen der BIG Koalition: Claudia und Dirk Haarmann, Windhuk/Namibia

## Die Wahlen in Namibia 2009: Alles beim Alten

*(jk) Freitag und Samstag, den 27. und 28. November 2009 wurde in der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia der Präsident und das Parlament neu gewählt. Die Swapo (South West African Peoples Organization) stellte sich zum vierten Mal seit der Unabhängigkeit im Jahre 1989 zur demokratischen Wahl.*

Zur Wahl standen der amtierende Präsident und Spitzenkandidat der Swapo Hifikepunye Pohamba sowie sein politischer Herausforderer Hidipo Hamutenya. Hamutenya ist Führer der neuen Oppositionspartei RDP (Rally for Democracy and Progress), die in diesem Jahr erstmals bei den Wahlen antritt. Sie hat sich von der ehemaligen Befreiungsbewegung Swapo abgespalten und galt angesichts der hohen Arbeitslosigkeit von 36% und der hohen Korruptionsrate als Hoffnungsträger für tiefgreifende Reformen sowie als ernstzunehmende Alternative für die langjährig ohne Konkurrenz regierende Swapo. In wie weit sie dem jedoch gerecht werden könnte angesichts der Tatsache, dass es sich hauptsächlich um altgediente Kader der Swapo handelt, bleibt offen.

Von der neuen Regierung wird erwartet aktiv gegen die immer größer werdende

Kluft zwischen Arm und Reich sowie die Probleme der Bergbauindustrie, besonders im Diamantensektor, anzugehen und tiefgreifende Veränderungen vorzunehmen. Der Bergbau, ist neben dem stetig wachsenden Tourismus, der Fischerei und der Landwirtschaft Haupteinnahmequelle des Landes. Die Wiederwahl des amtierenden 74-jährigen Präsidenten galt als sicher, wobei vermutet wurde, dass das Parlament in Windhuk Sitze einbüßen muss.

Faktisch hat der Regierungskandidat Pohamba die Präsidentschaftswahl, mit 75,25%, klar gewonnen. Er erhielt somit eindeutig die Mehrzahl der Stimmen und damit zum zweiten Mal eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Gleichzeitig erzielte er deutlich mehr Stimmen als Präsident als die Swapo Stimmen für sich reklamieren konnte. Diese kam bei den Parlamentswahlen auf 74,29% und verlor damit einen Sitz gegenüber den letzten Wahlen.

Hamutenya konnte dagegen nur 10,9% der Wählerstimmen für sich gewinnen und blieb so hinter den Erwartungen zurück.

Die Swapo genießt als frühere Befreiungsorganisation immer noch einen Ver-

trauensbonus bei den rund eine Millionen Wählern, obwohl die Wahlbeteiligung mit etwa 62% gegenüber der Beteiligung von 84% im Jahr 2004 um mehr als 20%-Punkte gesunken ist. Pohamba ist seit 2004 namibischer Präsident und löste den damaligen Präsidenten Sam Nujoma nach fünfzehnjähriger Regierungszeit ab. Nujoma, Exguerillakämpfer im mehr als zwei Jahrzehnte langen Befreiungskampf der Swapo gegen die weiße, südafrikanische Herrschaft in Namibia, gilt als Gründungsvater der Nation. Die Südafrikanische Union hatte Namibia nach dem ersten Weltkrieg besetzt.

Man wirft Präsident Pohamba vor, den Reformkurs nur halbherzig durchgeführt zu haben. Der Generationenwechsel in der Partei habe sich noch nicht auf die Führungsebene ausgewirkt. Das nutzte RDP-Führer Hamutenya im Wahlkampf aus und kritisierte einen autokratischen Regierungsstil. Hamutenya selbst war enger Berater von Expräsident Sam Nujoma, was ihm viele Vorbehalte einbrachte. Manche Wähler bezeichnen die RDP als "Swapo light".

Die Wahlen wurden sowohl von den Wahlbeobachtern des SADC als auch vom Panafrikanischen Parlament als frei und

fair eingestuft, obwohl es im Vorfeld Probleme mit der Medienpräsent und Durchführung von Parteiveranstaltungen bei den Oppositionsparteien gab. So wurden zunächst genehmigte RDP-Veranstaltungen in Swapo-Hochburgen verhindert und staatliche Medien favorisierten klar

die Swapo. Auch dass die Auszählung der Stimmen sich ein Woche lang hinzog gab Anlass zu Kritik, obwohl es derzeit keine Beweise für Manipulation gibt.

Julia Koch (jk) absolvierte 2009 erfolgreich ihr Magisterstudium der Soziologie und Erziehungswissenschaften an der Universität Heidelberg. Nach einem fünfmonatigen Aufenthalt in Südafrika begann sie Mitte Oktober ihre ehrenamtliche Tätigkeit bei KASAs. Julia erarbeitet Konzepte, arbeitet an verschiedenen Übersetzungen und Recherchen und verfasst Artikel für den Newsletter.

## Mitglied werden im KASA Freundeskreis

Die Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) wurde 1996 gegründet und wird zurzeit von 19 kirchlichen Organisationen und ökumenischen Gruppierungen getragen. Sie versteht sich als basisorientierte Lobby- und Kampagnenorganisation und begreift den Synergieeffekt einer politisierten und vernetzten Basis als den geeigneten Weg, um Druck zu erzeugen und tief greifende Veränderungen zu bewirken. Dafür braucht KASA Menschen, die die politische Alphabetisierung mit gestalten, neue Impulse geben und an der Bewusstseinsbildung in den verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen mitwirken. Zu einer den Interessen der Mehrheiten im Südlichen Afrika dienenden politischen Partizipation in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union bedarf es einer Bewegung, die die politischen Entwicklungen verfolgt, analysiert und nach Möglichkeiten gemäß den Grundsätzen der Gerechtigkeit beeinflusst. Für die Artikulierung einer solchen politischen Partizipation ist KASA, mit ihren Netzwerken sowohl im Südlichen Afrika als auch in Deutschland, die geeignete Plattform.

### Der Freundeskreis

Die Trägerversammlung 2009 hat beschlossen, dass künftig auch Einzelpersonen Mitglied beim KASA Freundeskreis werden können. Sie erhalten eine persönliche Einladung zur jährlich stattfindenden

Trägerkreisversammlung. Auf Wunsch bekommen sie den Newsletter, der etwa drei Mal jährlich erscheint und über die Arbeit von KASA informiert, auch postalisch zugeschickt. Über Publikationen, Kampagnen und Mitmachaktionen werden sie zeitnah informiert und können sich so entsprechend engagieren und die Arbeit von KASA aktiv mitgestalten.

Freundeskreismitglieder können ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag selbst festlegen - wir freuen uns über jeden Betrag, der uns hilft, Veranstaltungen oder Rundreisen von Gästen durchzuführen, eine Publikation zu verwirklichen oder neue Kommunikationswege zu beschreiten.

### Ausblick auf 2010

Schwerpunkt der ersten Hälfte des kommenden Jahres wird die Fußball-Welt-

meisterschaft in Südafrika sein. Wir planen in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Kick for one World“ eine Rundreise in Deutschland mit zwei VertreterInnen der Fußball-kritischen südafrikanischen Zivilgesellschaft sowie eine Tournee des Dokumentarfilmes „Im Schatten des Tafelbergs“, der sich mit Menschen aus den Armenviertel rund um Kapstadt kurz vor der WM beschäftigt. Außerdem konzipieren wir derzeit eine Kampagne gegen die Daimler AG, die einerseits Hauptsponsor des DFB ist und andererseits in den USA wegen Beihilfe zu schweren Menschenrechtsverletzungen während der Apartheidzeit angeklagt wird. Diese Klage, die unter anderem von unserer Partnerorganisation Khulumani eingereicht wurde (siehe Artikel in diesem Newsletter), wird uns auch weiterhin beschäftigen. Dazu soll im Oktober eine Fachtagung stattfinden.

Ja, ich möchte Mitglied werden im Freundeskreis der KASA

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

email \_\_\_\_\_

Ich überweise einen jährlichen Mitgliedsbeitrag in Höhe von \_\_\_\_\_ Euro

Dieser Betrag ist steuerlich absetzbar.

Überweisung bitte auf folgendes Konto:

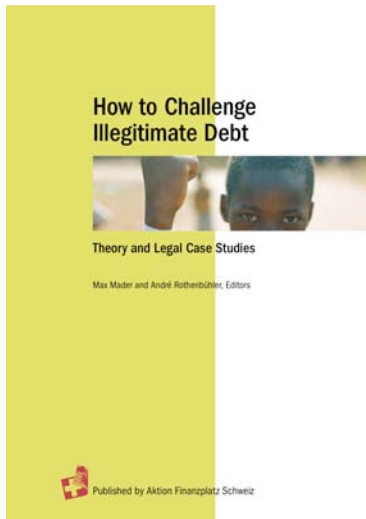
Werkstatt Ökonomie/KASA

GLS Bank 430 609 67

Konto-Nr. 801 885 1600

Stichwort: Mitgliedsbeitrag Freundeskreis

## Buchvorstellung



Max Mader, André Rothenbühler (Hg.)  
 How to Challenge Illegitimate Debt Theory and Legal Case Studies  
 Aktion Finanzplatz, Basel, 2009  
[www.aktionfinanzplatz.ch](http://www.aktionfinanzplatz.ch)

Die Streichung illegitimer Schulden würde die Schuldenlast etlicher Staaten im Süden merklich verringern. Die Aktion Finanzplatz Schweiz (AFP) zeigt in ihrem neuen auf Englisch erschienenen Buch, dass es für die Staaten im Süden verschiedene Rechtswege gibt, die Rückzah-

lungspflicht illegitimer Schulden anzufechten. Illegitime Schulden sind Schulden, die aus Krediten stammen, die nicht dem Interesse des jeweiligen Staates und seiner Bevölkerung gedient haben, sei es, weil sie der Finanzierung fragwürdiger Projekte oder der persönlichen Bereicherung der Machthaber dienen. Bei illegitimen Schulden wird in der Regel davon ausgegangen, dass die Kreditgeber eine Mitverantwortung tragen, weil sie gewusst haben oder hätten wissen müssen, dass die Vorgaben für die Kreditvergabe fragwürdig, wenn nicht gar ungesetzlich waren.

Aufgrund der von Aktion Finanzplatz organisierten Internationalen Konferenz zu Illegitimen Schulden in Bern im Jahr 2007 hat die AFP mehrere RechtsexpertInnen engagieren können, um Fälle von vermuteten illegitimen Schulden aus rechtlicher Sicht zu beurteilen. Die analysierten Fälle betreffen die Philippinen, Argentinien, Paraguay, die Demokratische Republik Kongo (Kongo Kinshasa) und die Republik Kongo (Kongo Brazzaville), Ecuador, Liberia, Südafrika, und Haiti. Fazit: die meisten

analysierten Fälle sind nicht nur illegitim, sondern auch illegal, denn sie verstoßen gegen Verträge, internationale Abkommen, zwingende Normen und generelle Prinzipien des Völkerrechts.

Das Buch „How to Challenge Illegitimate Debts, Theory and Legal Case Studies“ beschränkt sich nicht nur auf praktische Fälle, sondern enthält auch eine ausführliche theoretische Einführung in das Konzept der illegitimen Schulden. Daraus geht u.a. hervor, dass das Schuldensystem als ganzes und als Bestandteil der bisherigen internationalen Finanzarchitektur auch juristisch kritisch untersucht werden sollte. Dasselbe gilt für die Frage, inwieweit die Geltung nationaler Verfassungen für Kreditverträge ausgeklammert werden darf, d.h. ob Kredite zu Recht zurückgezahlt werden müssen, auch wenn ihre Verwendung gegen verfassungsmäßige Grundrechte verstößt und obwohl nationale Grundrechte ja stets vom Völkerrecht und vom internationalen Gewohnheitsrecht abgeleitet sind, das für alle Kreditverträge zwingend ist.

## Filmvorschau



### When the Mountain Meets its Shadow

Ein Dokumentarfilm von Alexander Kleider und Daniela Michel in Kooperation mit Rommin Khan Kapstadt, Südafrika. [www.dok-werk.com](http://www.dok-werk.com)

In kaum einer anderen Stadt der Welt liegen Armut und Reichtum so dicht beieinander wie am Kap der guten Hoffnung. In ihrer Mitte thront majestätisch der Tafelberg und wirft schon früh am Nachmittag seine Schatten auf die Besitzlosen. Der szenisch aufgebaute Dokumentarfilm erzählt die berührenden Geschichten von Ashraf, Zoliswa und Arnold, die in den Armenvierteln rund um Kapstadt auf unterschiedliche Art und Weise ums Überleben kämpfen. Während Ashraf und sein Freund Mne nachts

durch die Townships ziehen, um gegen die Privatisierung von Wasser, Strom und Land zu kämpfen, vertrauen Zoliswa und Arnold auf ihre individuelle Arbeitskraft. Zoliswa sucht eine neue Stelle als Putzfrau und Arnold macht eine Ausbildung zum bewaffneten Wachmann in der boomenden Sicherheitsindustrie. Als die Stadtverwaltung eine komplette Armensiedlung wegen der Fußball-Weltmeisterschaft 2010 räumen lassen will, werden Ashraf und sein Freund Mne mit ihren ei-

genen unverarbeiteten Erlebnissen aus der Zeit der Apartheid konfrontiert ... Mit starken Bildern und beeindruckenden Geschichten zeichnet der Film ein sensibles Portrait einer Gesellschaft im Wandel zwischen Apartheid und kapitalistischer Post- moderne.

### Filmtour

Ashraf und Mne werden zwischen 11. März und 8. April mit den Filmemachern und in Zusammenarbeit mit ezef, KASA

und Kick for one World auf Deutschland-tour gehen. Die Premiere wird voraussichtlich am 13. März in Köln stattfinden.

Dok-Werk plant neben einer Kurzversion zusätzliches Material besonders für den Bildungsbereich und in Vorbereitung zur Fußball-WM 2010 auf einer DVD anzubieten.

## Termine

13. Januar .2010:	„Bedingungsloses Grundeinkommen als alternative Entwicklungshilfe“, Universität Erfurt
18.01.- 19.01.2010	Die Hoffnung ist rund. Kirchliches und gesellschaftspolitisches Engagement zur Fußball WM 2010 in Südafrika, Evangelischen Akademie Bad Boll. <a href="http://www.ev-akademie-boll.de/index.php?id=142&amp;tagungsid=660910">http://www.ev-akademie-boll.de/index.php?id=142&amp;tagungsid=660910</a>
26. Januar .2010	„Der Cup der guten Hoffnung“ Fußball-WM im Schulunterricht. ZEB Stuttgart
29.1.2010	Parlamentarischer Abend mit VertreterInnen des Menschenrechtsausschusses zur Khulumani-Klage. Berlin
1. Februar 2010	„Was ist in Simbabwe los?“, Vortrag, Müllheim/Baden
2. Februar 2010	„Die Freiheit des Marktes und seine Folgen für (Schwarz-)Afrika, Podiumsdiskussion und Workshop im Rahmen des Studientags des Markgräfler Gymnasium Müllheim
27. Februar 2010	Namibia-Partnerschafts-Workshop, Unna
27.03. - 10.04. 2010	Partnerschaftsberatung Unna/Dordabis, Namibia
5. - 6. März 2010 14.	Eine-Welt-Landeskonferenz NRW: Apocalypse now oder nachhaltiges Bruttosozialglück!? Festhalle Solingen-Ohligs. <a href="http://www.eine-welt-netz-nrw.de">www.eine-welt-netz-nrw.de</a>
11.03. - 8.04.2010	Filmtour „When the mountain meets its shadow“ mit zwei Protagonisten aus Südafrika
29. März 2010	Podiumsdiskussion „Soziale Sicherungssysteme in Afrika“. Theologisch-menschenrechtliche Begründung. Brot für die Welt, Stuttgart

## Impressum

Herausgeberin:  
KASA - Kirchliche Arbeitsstelle  
Südliches Afrika  
Obere Seegasse 18  
69124 Heidelberg,  
Telefon (06221) 43336-12  
Telefax (06221) 43336-29  
E-Mail: [kasa@woek.de](mailto:kasa@woek.de)  
Internet: [www.kasa.woek.de](http://www.kasa.woek.de)

Bankverbindung:  
KASA c/o Werkstatt Ökonomie,  
Konto 801 885 1600  
GLS Gemeinschaftsbank eG  
BLZ 430 609 67

Verantwortlich:  
Simone Knapp (sk),  
Boniface Mabanza (mb)

Gestaltung:  
Hantke&Partner, Heidelberg

Heidelberg, Dezember 2009